Charlottenburger Zeitung.

erscheint täglich Morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Inserate,
die Corpuszeile 10 Pf., für Auswärts 20 Pf., werden zur nächsten Nummer bis 5 Uhr Abends angenommen im Comtoir, Berliner Straße 59, sowie in allen Annoncen-Expeditionen.

Redaction und Expedition:
Berliner Straße 59.

Eigenthümer: Gebr. Pinthus jr.

Abonnementspreis
exclusive Postaufschlag vierteljährlich 1 Mark 50 Pf.

Bestellungen
nehmen an die Expedition der „Charlottenburger Zeitung" **Berliner Straße 59,** die Zeitungsspediteure Karraß, Schulstraße 9, Orsinski Grünstraße 2, sowie alle Post-Anstalten.

Nr. 46. Charlottenburg, Dienstag, den 24. Februar 1880. II. Jahrgang.

Wieder einmal das Monopol.

Er hat es satt, sich mit „Kleinigkeiten abzugeben." Die Finanzpolitik derer, welche die Mehrbedürfnisse des Reiches durch allerlei kleine Steuergesetze befriedigen wollen, ist nicht nach dem Geschmack des Kanzlers, zumal jedes derselben die nämlichen Unterhandlungen mit den Parteien, dasselbe Schmeicheln und Hofiren der Parteiführer und endlich denselben Compromißhandel erfordert, als ein großes, das dem Staatsschatze mit einem Griffe bringt, was er braucht. Vielleicht auch ist es ihm unbehaglich, ein Versprechen, das er gegeben, nicht erfüllen zu sollen, und auf dem bisherigen Wege der Einnahmenbeschaffung für das Reich läßt sich die in Aussicht gestellte Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kreis- und Communalverbände und die Herabminderung der Matricularumlagen zu Gunsten der Einzelstaaten schlechterdings nicht ermöglichen. Trotz der Mehrerträge der Zölle und Steuern in Folge der vorjährigen Zoll- und Steuerreform um etwa 63 Millionen und der Erhöhung der Matricularumlagen um 7 Millionen Mark erfordert die Bilancirung des Budgets eine Anleiheaufnahme von fast 37 Millionen Mark. Und nun stehen noch gar die durch die Durchführung der neuen Militärvorlage erforderlichen Mehrausgaben von 30—40 Millionen in nächster Aussicht, so daß selbst wenn die Einnahmen aus der Zollverwaltung im laufenden Jahre zunächst um die Hälfte ihres jetzigen Betrages steigen, eben nicht mehr zu erreichen ist, als die ungefähre deficitlose Deckung der Bedürfnisse, ohne daß aber ein Pfennig übrig bleibt zur versprochenen Herabminderung der directen Landessteuern.

Kein Wunder also, wenn der Reichskanzler heut, wo ihm von der liberalen Seite mit gutem Rechte vorgeworfen wird, daß die Zusagen auf Steuererleichterungen nur ein Mittel zum Zweck gewesen seien, die Steuerreform durchzusetzen, und daß sie nach Lage der Sache im Vornhinein als unerfüllbar hätten erkannt sein können, auf sein Ideal, die Tabaksmonopolausbeutung für den Reichssäckel, zurückverfällt, dem er ohnehin nur unter dem Drucke einer augenblicklichen Unmöglichkeit seiner Verwirklichung entsagt hatte. Die kleinlichen Nothbehelfe der Börsen-, Inseraten-, Wehr-, Brau- und anderen Bitter'schen Steuern sagen ihm sowohl wegen ihres geringen Ertrages als auch wegen der Vielheit der durch sie in Aufregung gesetzten Interessentencategorie wenig zu, ergo entschließt er sich kurz zu einem financiellen Kaiserschnitt, durch welchen die Steuerwehen auf einmal und mit vollem Erfolge beendet werden sollen. Möglich, daß er aus der Parteiengruppirung heut ein günstigeres Resultat erhoffen zu dürfen glaubt, als sein großes Project im vergangenen Jahre hatte, und daß er auch darum auf dasselbe zurückkommt.

Die Annahme, daß es sich auch diesmal nur um ein Manöver handele, durch das ein Druck ausgeübt werden solle auf die Gegner des Monopols, wenigstens den vorgelegten Steuergesetzen zuzustimmen, um jenes abzuhalten, erscheint wenig wahrscheinlich, da es doch gar zu frivol wäre, eine große Categorie der producirenden Bevölkerung, die nun schon seit länger als zwei Jahre beständig in lähmender Ungewißheit über die Zukunft ihrer Industrie gebangt hat und kaum einen Augenblick zur Ruhe gekommen ist, aus rein taktischen Gründen von Neuem zu beunruhigen. Außerdem erscheinen die Nachrichten über die Aufnahme der Arbeiten zur Einführung des Monopols nicht mehr als bloße Vermuthungen der Presse, sondern sie werden verschiedentlich ausdrücklich auf Informationen aus Bundesrathskreisen zurückgeführt. Wären es bloße beängstigte Phantasien einzelner Berliner Zeitungscorrespondenten und nicht inspirirt durch eine illoyale Taktik von officiellen Finanzkünstlern, die wie gesagt allzu frivol erscheint, um geglaubt zu werden, so würde die Haltung der officiellen und officiösen Presse geradezu unbegreiflich sein, die vollkommen über diesen Gegenstand schweigt und nach dem Worte: qui tacet, consentire videtur, (wer schweigt, giebt zu) alles, was über ihn in Umlauf gesetzt ist, bestätigt.

Alles in Allem genommen scheint also unserer Tabackindustrie und ihren fast zwei Millionen zählenden Interessenten eine neue Reihe schwerer Tage bevorzustehen, ob nun das Tabaksmonopol wirklich ernstliche Absicht des Kanzlers ist oder nur als Drohpopanz zu parlamentarischen Erziehungsversuchen fructificirt wird. Man wird diesmal nicht zu unterschätzen haben, daß die auf den Taback bezüglichen Pläne ehedem einen mächtigen Widerstand fanden und zumeist darum scheiterten, weil sie auch die Großindustriellen zu ernster Gegnerschaft zwangen, während diese nach den Gewinnen, die sie aus den Speculationen der letzten Periode gezogen haben, in der Lage sein können, sich mit einem billigen Abfindungsvertrage gern zur Ruhe zu setzen, und damit den ewigen Beunruhigungen zu entgehen. Ihr Besitz ermöglicht ihnen heut mehr als früher sich anderen gewinnbringenden Unternehmungen zuzuwenden. Die ganze Schadenlast der Beunruhigung liegt auf den Schultern der kleinen und mittelen Producenten, welche die Mittel nicht besaßen, ihre Bedürfnisse auf lange Zeit zu den billigen Preisen der Periode vor der Einführung der erhöhten Steuer zu decken und die nun unter der Wirkung neuer Drangsalirung mit Angriffen auf die Industriebranche vollends erliegen müssen, wodurch die Einführung des Monopols allerdings erheblich erleichtert werden würde. Ihnen steht auch der Einfluß nicht zur Verfügung, durch welchen die Großindustriellen die bisherigen Bemühungen der Regierung paralysirten, und eine freiwillige Rücksichtnahme auf die Interessen der viles multitudo, der plebejischen Menge ist nach den Erfahrungen der Großinteressenpolitik der jüngsten Zeit kaum zu erwarten.

So haben denn in der That die ärmeren Tabackinteressenten und mit ihnen ein großer Theil des Volkes, dem ein liebgewordener Genuß fortan unmöglich gemacht werden soll, ein gegründetes Recht, trüb in die Zukunft zu blicken.

Deutsches Reich.

—*,* In der gestrigen Sitzung des Reichstages, welcher der Stellvertreter des Reichskanzlers beiwohnte, theilte der Präsident mit, daß die Geschäftsordnungscommission gewählt sei und sich wie folgt constituirt habe, Abg. von Bernuth (Vorsitzender), von Seydewitz (Stellvertreter), Frhr. von Soden, Findeisen (Schriftführer). Es erhielt der Abg. Hasenclever zur Begründung des folgenden Antrages das Wort:

Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler aufzufordern, zu veranlassen, daß das Strafverfahren gegen die Abgg. Fritzsche und Hasselmann vor den Landgerichten I. und II. zu Berlin, welche auf Grund des § 28 des Reichsgesetzes vom 21. October 1878 angeklagt sind, während der Dauer der Session sistirt werde.

Der Antrag selbst wurde angenommen. — Die Interpellation Stumm wurde von der Tagesordnung abgesetzt, und das Haus ging darauf zur zweiten Beratung des Etats pro 1880/81 über. Dabei wurde wirklich das Jahresgehalt des **Staatssecretärs des Auswärtigen von 36,000 auf 50,000 M. erhöht.**

— Das Schicksal der Vorlage bezüglich der Verlängerung der Budget- und Legislaturperioden scheint entschieden. Wie wir hören, so schreibt die „Magdeb. Ztg.", haben sich die Deutschconservativen und die deutsche Reichspartei dahin schlüssig gemacht, der zweijährigen Budgetperiode zuzustimmen, dagegen bei der jährlichen Berufung des Reichstages stehen zu bleiben — ein Standpunkt, den bereits der Abgeordnete v. Kardorff in der Etatsberathung vertrat. Da indessen gerade die jährliche Berufung des Reichstages Dasjenige ist, was man regierungsseitig in erster Linie vermeiden möchte, so dürfte die Regierung wohl gegenüber der vom Reichstag eingenommenen Haltung einen besonderen Werth nicht mehr auf die Vorlage legen.

— Der Cultusminister von Puttkamer hat eine Verfügung erlassen, wonach von nächsten Quartal an in allen Schulen die neue Schreibweise sofort in allen Classen und nicht erst nach und nach von unten auf, zur Einführung gelangen soll. Gleichzeitig soll darauf Bedacht genommen werden, daß möglichst bald die im Unterrichte gebrauchten Bücher gleichfalls in der neuen Schreibart abgefaßt werden. Auch Seitens der übrigen Ministerien sind Verfügungen bereits erlassen oder in Vorbereitung begriffen, durch welche angeordnet wird, daß in allen amtlichen Berichten und Rescripten die neue Schreibweise in Anwendung zu bringen ist.

— In einem Pariser Brief der Wiener Politischen Correspondenz finden wir einen etwas merkwürdigen Passus, der wahrscheinlich noch Anlaß zu mancherlei Erörterungen in der Europäischen Presse geben wird. Derselbe lautet: „Fürst Bismarck soll von Frankreich das formelle Versprechen verlangt haben, daß es keine Allianz mit Rußland eingehen werde, und Graf St. Vallier soll nach Berlin mit der verpflichtenden Erklärung seiner Regierung zurückgekehrt sein, daß Frankreich im Falle eines Russisch-Deutschen Krieges absolute Neutralität beobachten wolle."

— Das „Deutsche M.-Bl." meldet aus Berlin: „Der literarische Eifer eines Setzerlehrlings hat hier in den letzten Tagen tragicomische Folgen gehabt. Ein Lehrling der Gustav Hempel'schen Officin, des bekannten Classiker-Verlages, hatte sich nämlich ein in derselben gedrucktes Schriftchen zu intimerem Studium eingesteckt und als der Unglückliche das Büchlein auf der Straße einem Bekannten zeigte, fiel einem in der Nähe stehenden Schutzmann der blutrothe Einband und dann der Titel des Buches auf, hinter welchem er eine gröblich verbrecherische Verkündigung wider das Socialistengesetz vermuthet haben mochte. Confiscation des gefährlichen Buches durch den Schutzmann und Tags darauf hochnothpeinliche Haussuchung in den ehrwürdigen Räumen des Hempel'schen Verlags waren die unmittelbare Folge. Freilich fand man dort nur Goethe, Schiller, Lessing u. s. w., aber durchaus keine Socialisten und Nihilisten vor. Und das Büchlein, das all' dies verschuldet? Nun, es führt den ominösen Titel „Freiheitsbüchlein" und sein Verfasser ist kein geringerer, als — Jean Paul Friedrich Richter. Es ist jene im Jahre 1805 bei Cotta in Tübingen erschienene kleine liebenswürdige Schrift, in welcher der gemüthreiche Poet gar viel von seiner Liebe und Verehrung für den Herzog Carl August von Weimar zu erzählen hat, eine Schrift so harmlosen Inhalts, als nur möglich."

— Ueber die Verhaftung des Nihilisten Hartmann in Paris, jener geheimnißvollen Persönlichkeit, welche an dem Moskauer Attentate betheiligt gewesen sein soll, wird jetzt noch des weiteren aus Paris berichtet: Die Verhaftung des muthmaßlichen Attentäters erfolgte am Montag Nachmittag. Der Genannte hatte durch sein geheimnißvolles Treiben übrigens hauptsächlich den Argwohn der Polizei erregt. Er hatte zwei Wohnungen gemiethet, eine in der Rue de Seine und eine in der Rue du Faubourg-Saint-Honoré, in denen er abwechselnd die Nächte zubrachte. Seine Verhaftung in den Champs-Elisées führte nicht, wie man gemeldet hatte, zu einem heftigen Kampf zwischen ihm und den Polizeibeamten. Seine Freunde setzten seiner Verhaftung keinerlei Widerstand entgegen und er selbst sagte nur, aus welchem Grunde verhaften Sie mich?" Auf der Präfectur wurde er sofort untersucht, man fand jedoch keine Waffe bei ihm. Nach seinem Nationale befragt, gab er an, Karl Mayer zu heißen und preußischer Unterthan zu sein. Später nannte er sich Eduard Schulz, aus der Schweiz gebürtig und Lemalski aus Posen. Als man in ihn drang, zu sagen, welcher von den genannten Namen sein richtiger sei, antwortete er: „Das werden Sie nie erfahren." „Karl Mayer", — um ihn wenigstens bei einem seiner vielen Namen zu nennen — ist ein Mann in der Mitte der Dreißiger, von untersetzter Figur. Er hat den germanischen Typus, trägt einen blonden Vollbart und geht sehr sorgfam frisirt; seine Augen sind blau. Er hat eine große Narbe im Gesicht, welche von einem Säbelhiebe herzurühren scheint. Bei seiner Verhaftung trug er Belgisches, Schweizerisches und Russisches Geld bei sich. Das französische Idiom spricht „Karl Mayer" ziemlich schlecht; dagegen beherrscht er vollkommen die deutsche, russische und italienische Sprache. Die Freunde des Verhafteten hatten sich behufs seiner Freilassung an die Deputirten Devès, Spuller und Talandier gewendet, welche auch bei Freycinet die Freilassung befürworteten. Freycinet verwies sie jedoch an den Justizminister Cazot. Inzwischen traf aber die Nachricht von dem neuen Attentat im Winterpalais ein und die russische Regierung scheint nun in Folge dessen die Auslieferung der mysteriösen Persönlichkeit mit um so größerer Dringlichkeit gefordert zu haben. Trotzdem nun der radicale Deputirte Talandier von seiner beabsichtigten Interpellation über die Verhaftung „Karl Mayer's" Abstand genommen hat — eine Interpellation, welche die französische Regierung in die größte Verlegenheit gesetzt haben würde — befindet sich die Regierung doch in einer sehr unangenehmen Lage. Von vielen Seiten sollen übrigens Schritte gethan worden sein, um die Auslieferung Mayers zu hintertreiben. Ein definitiver Beschluß ist Seitens der französischen Regierung in dieser Angelegenheit noch nicht gefaßt